

ERMMU TIGEN

№ 9



THEMA EIN BEWEGENDES JAHR 2012

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

Engagement der Bürger statt staatlicher Ignoranz



Hinter uns liegt ein anstrengendes Jahr, das erfüllt war von vielen erschütternden Nachrichten. Zum einen wurden wieder Menschen von Rechtsextremisten angegriffen. Wieder gab es Drohungen und Leute mussten ihre Heimatorte verlassen, weil sie dort nicht mehr sicher waren. Zum anderen zeigte sich in

den zurückliegenden Monaten Stück für Stück das komplette Versagen von Staat und Verwaltung, sich des Erbes seiner Vergangenheit konstruktiv zu erwehren. Nach den Morden durch den »NSU« ist das in beschämender Weise klar geworden. Mindestens seit der Einheit 1990 wurde der Rechtsextremismus ignoriert, verleugnet, kleingeredet und relativiert. Keine der bis dahin amtierenden Bundesregierungen hat auf die Gefahr deutlich genug reagiert. Gewiss: manche waren engagierter als andere, doch ein grundsätzliches und anhaltendes Aufbegehren gegen diese Schande ist ausgeblieben. Wie die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse nun zeigen, ist es ein systemisches Versagen und nicht eines, das nur einer Partei zugeschrieben werden kann.

Es gibt einen Begriff, der sowohl in der Psychologie wie in der Juristerei zu Hause ist und in beiden Fällen nichts Gutes bedeutet: die Kollusion. Die Psychologen meinen damit eine Art ungesunder Symbiose zwischen zwei Menschen, von denen einer narzisstisch ist und darin von dem anderen unterstützt wird. In der Justiz mein Kollusion eine geheime Absprache zwischen zwei Partnern zum gegenseitigen Vorteil zuungunsten Dritter. Solches Vorgehen hat mit Korruption zu tun und wird häufig im Zusammenhang mit dem organisierten Verbrechen gebraucht. Was aber, wenn der geschädigte Dritte keine natürliche oder rechtliche Person ist, sondern ein Grundwert? Nehmen wir zum Beispiel Umweltverbrechen. Die Natur kann sich nicht wehren, wenn eine Absprache in der Politik getroffen wird, die jedoch der Umwelt erheblichen Schaden zufügt. Inzwischen ist es laut europäischem Recht für Organisationen möglich, stellvertretend für die Umwelt zu klagen. Das gleiche ließe sich auf die demokratische Kultur anwenden. Und so sollte es auch sein. Wenn eine unlautere Verabredung zwischen staatlichen Behörden und einer am Rechtsextremismus weitge-

hend uninteressierten Gesellschaft besteht, die zum Schaden der demokratischen Kultur wirkt, dann sollte auch hier ein Klagerecht der Zivilgesellschaft eingeführt werden, das dies nicht einfach geschehen lässt. Im Interesse der Grundwerte, der grundsätzlichen Voraussetzungen dafür, dass das Grundgesetz wirken kann, sollte die zivile Gesellschaft eine solche Möglichkeit haben.

Der Fall »NSU« zeigt, wie solche unredlichen Absprachen funktionieren und wie sehr sie der demokratischen Kultur schaden. Im Gegensatz zu Zeiten der Monarchie sind in der Demokratie alle Menschen gleich viel wert. Das betrifft ausnahmslos alle, ganz gleich ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben oder nicht, ob sie einer sichtbaren oder anderen Minderheiten angehören. Dies ist nicht nur Verfassungsrecht sondern Bedingung im täglichen Zusammenleben eines demokratischen Gemeinwesens. Darin darf es nicht sein, dass ganze Bevölkerungsgruppen vor Gewalt ungeschützt bleiben, vernachlässigt, benachteiligt oder diskriminiert werden. Und dass solches möglich ist, weil Absprachen getroffen wurden, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu übersehen, zu verleugnen oder gar in Kauf zu nehmen, kann nicht hingenommen werden!

Kollusion ist also ein Straftatbestand, moralisch wie juristisch. Und typisch für ihn ist der Graubereich, in dem er agieren kann. Wir dürfen nicht zulassen, dass die demokratische Kultur weiter beschädigt wird. Und solange es keine ausreichenden juristischen Wege gibt, dem Einhalt zu gebieten, sollten wir als Gesellschaft engagierter Bürgerinnen und Bürger dafür sorgen, dass der Schaden nicht größer wird. Im kommenden Jahr sind Bundestagswahlen. Für die Projekte gegen Rechtsextremismus bedeutet dies, dass ihre Förderung Stück für Stück eingestellt wird. Bis sich dann vielleicht eine neue Bundesregierung vielleicht etwas Neues einfallen lässt. Darauf können die Initiativen und die Opfer rechtsextremer Gewalt nicht warten. Deshalb brauchen wir jetzt private Mittel um die demokratische Kultur zu verteidigen, um Opfer zu unterstützen und gute Initiativen fördern zu können. Ohne eine intakte Umwelt können wir nicht existieren, ohne intakte Alltagsdemokratie können wir nicht atmen. Das eine ist so wichtig wie das andere. Bitte helfen Sie uns dabei, die richtigen Schlüsse aus dem NSU-Debakel zu ziehen und Menschen unabhängig von irgendwelchen fahrlässigen Absprachen unterstützen zu können.

Anetta Kabane

Stolpersteine für Ludwigslust

Im August 2012 war es soweit: in Ludwigslust wurden Stolpersteine für fünf jüdische Opfer des Nationalsozialismus verlegt – für Auguste Jacobsohn, Anna Kastan sowie Arthur, Beccie und Curt Wolff. Die Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig (Foto oben). Es beruht auf dem Konzept des Denkmals von unten, das heißt es soll vor Ort die Initiative ergriffen werden, die Geschichten derjenigen zu recherchieren, die durch den Nationalsozialismus verfolgt wurden. Lola für Ludwigslust koordinierte die Recherchen und die Verlegung. Zahlreiche Veranstaltungen begleiteten das Projekt.

»Nachbar ist machbar«

Unter diesem Motto stellten engagierte Jugendliche des Vereins »Freiraum« in Burgstädt (Sachsen) ein Straßenfest auf die Beine. Sie zeigten Alternativen zur dominierenden rechten Alltagskultur auf. Ihr Konzept eines offenen, für alle zugänglichen Begegnungsort mitten in der Stadt stieß dabei auf viel Zustimmung in der Anwohnerschaft. Dank Ihrer Hilfe, liebe Spenderinnen und Spender, konnte die Amadeu Antonio Stiftung die Jugendlichen im Rahmen der Projektförderung unterstützen.

Tanzen für den Opferfonds CURA

Anfang März fand im Kamea Club in Frankfurt (Oder) eine Electro-Party der besonderen Art statt: Getanzt wurde gegen Rechtsextremismus. DJane Monika Kruse rief die Partyreihe »No Historical Backspin« bereits im Jahr 2000 ins Leben, um in der, oft als unpolitisch geltenden, Techno-Szene ein Zeichen gegen Rassismus und Intoleranz zu setzen. Bei »No Historical Backspin« verzichten alle DJs auf ihre Gage. Der eingespielte Erlös wird dem Opferfonds CURA gespendet, dabei kamen insgesamt schon über 60.000 Euro zusammen.



Mit Kicks und Klicks für Fairplay

Die Amadeu Antonio Stiftung startete im November ein neues Internetportal, das sich mit Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und Neonazis im Fußball auseinandersetzt.

Als Ende August, zum Auftakt der aktuellen Bundesligasaison, Fans von Borussia Dortmund beim Spiel gegen Werder Bremen ein Banner mit der Aufschrift »Solidarität mit dem NWDO« entrollten, konnte niemand mehr leugnen, dass Neonazis Fußballstadien für ihre Propaganda missbrauchen. »NWDO« steht für den »Nationalen Widerstand Dortmund«, eine rechtsextreme Kameradschaft, die kurz zuvor verboten wurde. Zwar sind solche Vorkommnisse in der höchsten deutschen Spielklasse nicht alltäglich, dennoch bereiten sie Anlass zur Sorge. Borussia Dortmunds Präsident, Reinhard Rauball, räumte mit Blick auf die Nazipräsenz im Westfalenstadion und anderswo kürzlich ein: »Meiner Meinung nach haben wir ein Problem« und forderte: »Dem müssen wir uns stellen«. Auch der frühere DFB-Präsident, Theo Zwanziger, sieht die Problematik von Neonazis im Fußball »als sehr gefährlich an«.

Vorfälle wie dieser sind zwar nicht die Regel, sie als die Ausnahme zu bezeichnen wird dem Problem jedoch nicht gerecht. Fairness und Respekt sind im Fußball elementar für den Umgang miteinander. Die Realität sieht jedoch leider anders aus. Die neue Plattform »Fußball-gegen-Nazis.de« informiert über Vorfälle und Hintergründe, bietet Interessierten ein Forum zum Diskutieren und gibt Ratsuchenden konkrete Tipps und Handlungsvorschläge – für den Profi- wie auch den Amateurfußballbereich. Insgesamt soll der Nazi-Vereinnahmungsstrategie etwas entgegen gesetzt und die große Mehrheit der nicht-rechtsextremen Fußballfans mit Informationen und Argumenten versorgt werden.



Die Plattform richtet sich an alle Interessierten aus Vereinen, Verbänden und Fanggruppierungen, die sich über Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung im Fußball informieren und austauschen wollen.

Foto © FAREnetwork/Thomas Hodel/ybforever.ch

»Rassisten reagieren nicht auf Sanktion«



Zum Start von »Fußball-gegen-Nazis.de« sprachen wir mit Andreas Zick, Professor für Sozialisation und Konfliktforschung und Mitglied des Stiftungsrates der Amadeu Antonio Stiftung.

Was macht den Fußball so anfällig für Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung?

Er selbst, wäre die kürzeste Antwort. Er scheint Menschenfeinde geradezu anzuziehen, weil er alles bietet, was ihnen hilft, ihre Feindseligkeiten in aller Öffentlichkeit zu äußern, ohne Sanktionen zu erwarten. In manchen Stadien und auf vielen Plätzen jedweder Liga scheinen demokratische Normen der Gleichwertigkeit nicht zu gelten. Die Website fußball-gegen-nazis.de sammelt ja aktuell hinreichend klare Beispiele. Es scheint ein Klima von »Hier dürfen wir noch sagen« und »Hier gelten andere Regeln« vorzuherrschen. Hinter dem Motiv, »ehrliche Emotionen« zu zeigen und dem Grundsatz »Wichtig ist auf dem Platz« gehen leichtfertige bis schwerwiegende Diskriminierungen unter. Viele Toleranzprojekte prallen gegen die Meinung, dass der Fußball frei von Politik sein soll und »Toleranz und Antirassismus nerven«. Der Fußball hat außerdem alles, was rechtsextreme Gruppen anzieht. Wir gegen die Anderen, Anonymität in Gruppen, ein junges, aggressives männliches wie weibliches Publikum, das man mit nationalen Parolen abholen kann, weil der Nationalismus zum Spiel gehört.

Gehen rassistische oder antisemitische Beleidigungen von »ganz normalen« Fans aus oder sind es Neonazis, die die Fankurve bewusst dafür missbrauchen?

Von rechtsextremen Gruppen, insbesondere autonomen Nationalisten und rechtsextremen Ultragruppen, die sich in der Masse verstecken, gehen sie auf jeden Fall aus. Der Fußball ist für rechtsextrem orientierte Gruppen ein wunderbarer Kontext. Er bietet Anonymität, Stimmung, Feindschaft, junges Publikum und mangelnde Gegennormen. Aber wie schon gesagt finden wir unter den so genannten »normalen Fans«, natürlich auch in der VIP-Lounge, an jedem Spieltag Äußerungen, die wir als menschenfeindlich bezeichnen müssen. Die Selbsterleichterung, dass das eine oder andere Wort harmlos gemeint war, ist weit verbreitet. Da wo explizit nichts gegen Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung getan wird, beobachten wir deshalb eine höhere Toleranz rechtsextremer Parolen. Im Fußball ermöglicht der Konformismus der Ränge – »Wir alle zusammen« – ein leichteres Einschleichen von Intoleranz. Aus der Forschung über die Radikalisierung von Gruppen wissen wir das eigentlich schon länger.

Wie kann dem entgegengewirkt werden?

Die Eine-Millionen-Euro-Frage. Fanprojekte, Vereine und Verbände machen uns vor, wie es geht. Nehmen wir Dynamo Dresden als Beispiel. Da haben es nach langer Auseinandersetzung die Fans, darunter viele Ultras, geschafft, rechtsextreme Ultras aus dem Zentrum an den Rand zu drängen. Wir brauchen die Selbstorganisationskräfte der Fans, aller Fans. Es geht nicht von oben, also durch Anordnungen oder einfache Strafen. Rassisten reagieren nicht auf Sanktion. Was auch vonnöten ist, ist die frühe Förderung von demokratischen Normen. Warum soll nicht im Stammbuch oder im Grundstein eines Vereins stehen, dass der Fußball als Integrationsmaschine auf Grundregeln der Demokratie zählt? Mir wäre es dabei auch wichtig, dass alle Gruppen, die zum Fußball gehören, ins Boot genommen werden. Das Problem ist oft: Sobald wir menschenfeindliche Meinungen haben, paart sich das mit der Überzeugung, dass sie gar nicht menschenfeindlich seien. Warum sollten Menschenfeinde sich selbst heilen können, nur weil wir ihnen vorhalten, dass sie es sind?

Das Interview führte Ulla Scharfenberg. Die ausführende Fassung finden Sie auf www.fussball-gegen-nazis.de

Foto © Ralf Rebmann

KURZMELDUNGEN

Aktionswochen gegen Antisemitismus 2012



Am 9. November 2012 starteten bereits zum zehnten Mal die bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus. Ziel ist es mit Veranstaltungen, Kundgebungen und Seminaren auf die aktuellen Formen des Antisemitismus hinzuweisen und vor Ort der Judenverfolgung im Nationalsozialismus zu gedenken. Dieses Jahr beteiligten sich 110 Organisationen, Schulen, Jugendzentren und jüdische Gemeinden aus 90 Städten in allen Bundesländern mit 265 Veranstaltungen, welche bis weit in den Dezember hinein stattfanden. Koordiniert wurden die vielfältigen Aktionen von der Amadeu Antonio Stiftung.

Mehr Informationen finden Sie auf: www.aktionswochen-gegen-antisemitismus.de

Unter die Lupe genommen: Nazis im Web 2.0



Warum starten Nazis Kampagnen gegen Kindesmissbrauch? Was ist an den so genannten »Schwarzer Humor«-Seiten auf Facebook problematisch? Und woran erkennt man Islamfeindlichkeit in der Online-Welt? Um diese und andere Fragen geht es in der neuen Broschüre von no-nazi.net. Mit vielen Grafiken, Screenshots und Erklär-Boxen sollen Jugendliche in die Lage versetzt werden, rechtsextreme Argumente & Strategien zu erkennen und ihnen etwas entgegenzusetzen.

EXIT gewinnt Politikaward 2012

EXIT-Deutschland war in diesem Jahr mit der »Operation Trojaner T-Hemd« für den Politikaward nominiert. Die Neonazi-Aussteiger-Organisation gewann die renommierte Auszeichnung für ihre Aktion, bei der sie im August vergangenen Jahres auf dem NPD-Rechtsrockfestival »Rock für Deutschland« kostenlose T-Shirts verteilte. Diese hatten einen Aufdruck mit Totenkopf, der Aufschrift »Hardcore Rebellen« und den geschwenkten Fahnen der Freien Kräfte. Erst in den eigenen vier Wänden offenbarten die T-Shirts ihre wahre Absicht: der Aufdruck verschwand nach dem ersten Waschen und sichtbar wurde die Botschaft »Was dein T-Shirt kann, kannst Du auch — Wir helfen Dir Dich vom Rechtsextremismus zu lösen. EXIT-Deutschland«.



Das Interview führte Ulla Scharfenberg. Die ausführende Fassung finden Sie auf www.fussball-gegen-nazis.de

Foto © Ralf Rebmann

DAS WAR 2012

JANUAR

Auch im neuen Jahr marschieren Neonazis wieder in deutschen Städten auf und verbreiten ihre menschenverachtenden Parolen, wie in Dessau und Magdeburg.

Die Amadeu Antonio Stiftung stellt zusammen mit Wolfgang Thierse im Bundestag ihre Broschüre »Kinder haben Rechte« vor. Foto © Zeitfixierer



FEBRUAR

In Dresden beteiligt sich die Amadeu Antonio Stiftung an der Mobilisierung gegen Europas größten Naziaufmarsch. Mehrere Tausend Menschen verhindern mit kreativen Aktionen und Sitzblockaden die Demonstration der Neonazis. Wenige Tage später gedenkt das Land bundesweit in einer Schweigeminute der Todesopfer des neonazistischen NSU. Foto © Jürgen Pollak



MÄRZ

Die Stadt Kiel wird mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung »Kein Ort für Neonazis«. Mit 500 Blechschildern an öffentlichen und privaten Gebäuden in der ganzen Stadt wird dauerhaft ein deutliches Zeichen gegen Neonazis gesetzt. Foto © Carsten Rehder/dpa



APRIL

Die Klage des Pirnaer Vereins AKuBiz gegen die »Extremismusklausel« vor dem Dresdner Verwaltungsgericht hat Erfolg. Das Gericht kommt dabei zu dem Schluss, dass die Klausel rechtswidrig ist. Das Urteil ist damit ein erster Teilerfolg für alle Initiativen und Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Foto © Robert Kusche



MAI

Projektpartner der Amadeu Antonio Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern, darunter auch das Peter-Weiss-Haus (Foto) in Rostock, werden wiederholt von Rechtsextremen angegriffen. Auch in Sachsen kommt es zu schweren Übergriffen. Auf ein Lokal in Geithain wird ein Sprengstoffanschlag verübt. Erschreckende Belege für die enorme Gewaltbereitschaft der Neonaziszene.



JUNI

Das »Bündnis gegen das Schweigen«, welchem die Amadeu Antonio Stiftung von Beginn an angehört, veranstaltet in Berlin ein öffentliches Hearing, bei dem unter anderem mit Anwälten und Betroffenen über die rassistische Mordserie des NSU diskutiert wird. Foto © PMCheung



JULI

Die Debatte um das Gedicht »Was gesagt werden muss« von Günter Grass verdeutlicht, wie sehr die Frage, wo Israelkritik aufhört und antisemitische Ressentiments anfangen, für hitzige Debatten sorgt. Die Amadeu Antonio Stiftung veröffentlicht eine Broschüre mit dem Titel »Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen ...?!« – Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen.



AUGUST

Die Stadt Eberswalde streitet weiter um ein würdiges Gedenken für Amadeu Antonio, der am 12. August seinen 50. Geburtstag gefeiert hätte. In der Debatte zeigt sich wieder einmal, dass der Rassismus in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet ist.



SEPTEMBER

Netz gegen Nazis engagiert sich gegen Rassismus und Antisemitismus auf Facebook, wo Seiten mit menschenfeindlicher Hetze einfach als »Humor« deklariert werden, um diese Inhalte ohne Konsequenzen zu posten. Den Aufruf können Sie hier nachlesen: <http://goodurl.de/aktion-facebook>



OKTOBER

In Berlin wird endlich das Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma während der Zeit des Nationalsozialismus eingeweiht.

Nach den deutlichen Protesten verschiedener Organisationen wird die geplante Änderung der Abgabenordnung gekippt: Der Verfassungsschutz wird zukünftig nicht über die Gemeinnützigkeit von zivilgesellschaftlichen Initiativen entscheiden.



NOVEMBER

Die Amadeu Antonio Stiftung verleiht zusammen mit der Freudenberg Stiftung und der Sebastian Cobler Stiftung, den Sächsischen Förderpreis für Demokratie an Initiativen in Sachsen. Mehr auf Seite 5.

Zeitgleich starten die Aktionswochen gegen Antisemitismus. Foto © Robert Damrau



DEZEMBER

Die Amadeu Antonio Stiftung blickt auf ein ereignisreiches Jahr 2012 zurück und dankt allen Spenderinnen und Spendern, Unterstützerinnen und Unterstützern sowie Freundinnen und Freunden für die gute Zusammenarbeit, die im kommenden Jahr 2013 hoffentlich fortgesetzt wird.

MUTIGE PROJEKTE UNTERSTÜTZEN

SPENDENKONTO DEUTSCHE BANK BENSHEIM
BLZ 509 700 04 KONTO 030 331 300

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

LEIDER KEIN EINZELFALL

Eine Gehirnerschütterung mit Bewusstlosigkeit, Prellungen der Hüfte, des Knies und des Brustkorbs – diese Diagnose bescheinigten Ärzte eines Frankfurter Klinikums dem 41-jährigen Derege Wevelsiep. Die Verletzungen sind dem Diplom-Ingenieur nicht von sogenannten »U-Bahn-Schlägern« zugefügt worden, sondern von der Polizei. Der Fall sorgte Anfang November für Aufregung. Schon die Kontrolleure in der Frankfurter U-Bahn 4 äußern sich rassistisch gegenüber der Familie Wevelsiep, die zu Unrecht verdächtigt wird, schwarzgefahren zu sein. Herbeigerufene Polizeibeamte, drei Männer und eine Frau, wollen den Personalausweis von Derege Wevelsiep sehen, den er jedoch nicht bei sich trägt. Wevelsiep nennt Name, Adresse und Geburtsdatum, dennoch wird er gegen eine Wand gedrückt und aus dem U-Bahnhof auf die Straße gezerrt. Dort muss er seine Taschen leeren. Er beschwert sich, dass die Polizisten Visitenkarten seiner Geschäftspartner auf der Straße verstreuen, ein Beamter nennt ihn einen »dummen Schwätzer«. Die Beamten treten und schlagen auf Derege

Wevelsiep ein, legen ihm Handschellen an und nehmen ihn mit zu seiner Wohnung, wo sie die Zimmer nach seinem Ausweis durchsuchen. Seine Verlobte findet Derege Wevelsiep bewusstlos auf dem Boden und ruft einen Krankenwagen – Derege Wevelsiep verbringt drei Tage in der Klinik. Diese erschreckende Schilderung des in Äthiopien geborenen Deutschen, Derege Wevelsiep, ist leider kein Einzelfall. Zum Glück erfahren nicht alle Opfer rassistischer Polizeikontrollen körperliche Gewalt, doch bereits die bloße Kontrolle ihrer Personalien ohne Grund oder Verdacht ist Diskriminierung. Leider ist es für Betroffene kaum möglich sich zu wehren.

Auch im Fall von Derege Wevelsiep wird es wohl keine Klarheit geben. Es wird vielleicht intern ermittelt werden, Polizisten werden ihre Kollegen befragen, die vermutlich behaupten werden, Wevelsiep habe Widerstand geleistet, anderes Handeln wäre nicht möglich gewesen.

Von Ulla Scharfenberg

Gleichbehandlung muss zentraler Aspekt der Polizeiarbeit sein

Ende Oktober 2012 hat vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland Pfalz die Berufungsverhandlung zur Rechtmäßigkeit von Personenkontrollen bei Bahnreisenden aufgrund phänotypischer Merkmale, dem sogenannten »Ethnic oder Racial Profiling« stattgefunden. Das Gericht sprach sich klar gegen diese diskriminierende Praxis aus.



Die Autorin Vera Egenberger ist Geschäftsführerin im Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V.

Ein heute 26-jähriger Schwarzer Deutscher war im Dezember 2010 auf einer Regionalstrecke von Kassel nach Frankfurt/Main von zwei Bundespolizisten kontrolliert worden. Aufgrund der gezielten Kontrolle wegen seiner Hautfarbe klagte der Betroffene gegen die polizeiliche Maßnahme. Das Verwaltungsgericht Koblenz hatte im Februar 2012 in erster Instanz geurteilt, dass »Beamte die Auswahl der anzusprechenden Personen auch nach dem äußeren Erscheinungsbild vornehmen« dürften.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte nun im Fall des Klägers das Kriterium der »Hautfarbe« als Legitimation für eine Kontrolle als Verstoß gegen das Grundgesetz und damit die polizeiliche Maßnahme für nicht zulässig. Dies bedeutet nun, dass die Bundespolizei die Unrechtmäßigkeit der Personenkontrolle eingestehen und sich beim Kläger entschuldigen muss. Das unsägliche erstinstanzliche Urteil wurde damit aufgehoben. Gleichwohl hat das sehr positive Ergebnis einen Schönheitsfehler. Es erging kein Urteil, da das Ergebnis auf einer gütlichen Einigung beruht. Diese Klärung kann also nicht in einem Urteil nachgelesen und von anderen Richtern genutzt werden.

Aus der Sicht des Büros zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG) muss der Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes ein zentraler Aspekt der Polizeiarbeit sein. Polizei darf nicht willkürlich agieren; schon gar nicht wenn es um die Kategorisierung von Menschen entlang ihrer Hautfarbe geht. Auch wenn die Richter der Praxis von »Racial Profiling« eine Abfuhr erteilt haben, bleibt jedoch abzuwarten, ob durch die Entscheidung des OVG die zukünftige Polizeipraxis nachhaltig geändert wird. Das BUG hofft auf eine größere Bereitschaft der Polizei das Problem intern zu reflektieren und zu bearbeiten.

Ein Vorbild könnte die Britische Polizei sein, denn diese hat vor circa 10 Jahren umfassende Maßnahmen gegen rassistische Strukturen und Verhaltensweisen innerhalb der Polizei durchgeführt. Dies waren unter anderem verbesserte Einstellungskriterien und regelmäßige Fortbildungen zu Rassismus und Menschenrechten. Bei rassistischen Vorfällen von Polizisten werden diese durch eine unabhängige Kommission untersucht und ggf. mit harten Sanktionen bestraft. Außerdem werden verstärkte Polizisten, die selbst einen ethnischen Hintergrund haben, eingestellt. Diese Maßnahmen waren in Großbritannien jedoch politisch gewollt. Wenn solche Maßnahmen auch in Deutschland politisch gewollt wären, könnten sie zu einer gleichwertigen Gesellschaft beitragen.

Von Diana Bube

»Ihre Papiere bitte« – »Racial Profiling« in Deutschland



Auch in den USA protestieren die Menschen gegen rassistische Polizeikontrollen



Fotos © Michael Fleshman, i-No

Die Praxis des Racial Profiling rückt Menschen aufgrund bestimmter Merkmale in den Fokus polizeilichen Interesses. So werden nichtweiße Menschen immer wieder Opfer unbegründeter Passkontrollen oder auch diskriminierender Beleidigungen, gewaltsamer Festnahmen, von Misshandlungen und Übergriffen. Dieses grund- und menschenrechtsverletzende Vorgehen der Polizei ist Teil und Ausdruck des institutionellen Rassismus in Deutschland. Doch dieser wird nach wie vor gelehnet. Eine Diskussion über institutionellen Rassismus ist deshalb mehr als notwendig. Die Amadeu Antonio Stiftung hat auch in diesem Jahr wieder verschiedene Initiativen gefördert, die sich dem Thema widmen.

Unter anderem die Kampagne »Im rassistischen Raster – Racial Profiling stoppen!« des Multikulturellen Zentrum Trier, welches auf die Problematik verdachtsunabhängiger Kontrollen bei Personen »nichtdeutschen Aussehens« aufmerksam macht. Flüchtlinge trifft dieses Vorgehen besonders hart – sie sind aufgrund ihrer Erlebnisse oft stark traumatisiert. In Deutschland hoffen sie auf Schutz und bessere Lebensbedingungen, werden hier aber mit Ausgrenzung konfrontiert. Die Kampagne fordert deshalb ein generelles gesetzliches Verbot von rassistischen Polizeikontrollen. Mit Hilfe der Amadeu Antonio Stiftung wurde eine aufklärende Veranstaltungsreihe organisiert. Das Problem des institutionellen Rassismus sollte verstärkt in die Öffentlichkeit getragen werden. Auch ein interaktives Straßentheater war Teil des Projekts. »Die Aktion war ein gelungener Auftakt für die Kampagne

und erhielt sehr viel positive Resonanz«, so der Pressesprecher der Kampagne Fabian Jellonek.

Der Ariba e.V. begleitet seit Jahren mit seiner Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) das Thema und bietet Betroffenen kostenlose Beratungen sowie psychologische Betreuung an. Der Verein bündelt seine Kompetenzen und stellt den Opfern bei Bedarf auch einen Rechtsbeistand, der sie in juristischen Fragen informiert und vertritt. Häufig erstatten Opfer von rassistischen Kontrollen keine Anzeige. Sei es aus mangelnden Sprachkenntnissen oder aus Angst vor den Behörden. Mit Förderung der Amadeu Antonio Stiftung konnte der Verein eine Tagung veranstalten, bei der es unter dem Motto »Racial Profiling – The Colour of guilt and innocence – Reloaded« das Ziel war, die meist ehrenamtlichen Akteure noch besser zu vernetzen. Auch eine Weiterbildungsstand auf dem Programm. Die Kampagne widmet sich, als eine der wenigen, kontinuierlich dem Thema und benennt das Problem Rassismus als solches.

Im Februar 2012 urteilte das Koblenzer Verwaltungsgericht, dass Polizeikontrollen aufgrund äußerer Merkmale, wie der Hautfarbe, rechtens seien. Ein Widerspruch zu Artikel 3 des Grundgesetzes, »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich«, findet das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG). Mit einer Projektförderung der Amadeu Antonio Stiftung begleitete und dokumentierte das BUG den Berufungsverfahren.

Demokratische Alltagshelden

Die Wahlergebnisse der NPD in Mecklenburg-Vorpommern sind hoch – erschreckend hoch. Durch ein strategisch aufgebautes »Kümmerer-Image« gelang es der Partei in vielen Landstrichen gesellschaftliche Themenfelder für sich zu besetzen. Doch es gibt auch Menschen, die sich dieser Taktik engagiert widersetzen.

Damerow hat wieder ein Café. Der Dorfchronist aus dem kleinen Ort in Vorpommern hat sich für einen Treffpunkt im Ort eingesetzt. Als er in den Bus einsteigt in dem Menschen aus der Region gemeinsam mit internationalen Künstlerinnen und Künstlern sitzen, schallt ihm Applaus entgegen. In den Augen der Reisenden ist er ein Held, einer, der einem kleinen verschlafenen Dorf wieder Leben eingehaucht hat. Um Akteure der Region besser zu vernetzen und sie in ihrem demokratischen Engagement zu bestärken, hat die Amadeu Antonio Stiftung zusammen mit schloss bröllin e.v., Zossen zeigt Gesicht und The Working Party das Projekt »Region in Aktion« initiiert. Diesjähriger Höhepunkt war eine außergewöhnliche Busreise unter dem Motto »held/in dorf« quer durch viele Gemeinden.

Auf der Fahrt stellten lokale Vereine und Initiativen ihre Angebote vor. Immer wieder hielten die Busse dafür auf Feldern und Plätzen an, wo den Reisenden Kunst oder Theater geboten wurde. Auf unterhaltsame und vor allem kreative Weise wurde so eine kommunikative Plattform für die oft weit verstreuten zivilgesellschaftlichen Projekte geschaffen. Zusammen mit den schauspielerischen Darbietungen und einer Audiocollage aus Interviews mit Menschen aus der Region, entstand für die Interessierten eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Heldenmythen aber auch demokratischen Alltagshelden. Erstaunliche Geschichten und ein liebevoller Blick auf die Region wurden präsentiert. Auch die Busfahrer zeigten sich begeistert von der Tour. »Wir wussten gar nicht, dass es das alles gibt!« Der Abend wurde mit einem Erntedankfest der besonderen Art eingeleitet. Zwei Aktionskünstler sind über die Dörfer gefahren, haben Gärtnerinnen und Gärtner kennengelernt und aus ihrem Gemüse zwei Töpfe



Kinoheldin in Brüssow

Suppe für die 200 Gäste gekocht. Auf dem Fest kam es zu vielen interessanten Begegnungen, die in Zukunft vielleicht zu gemeinsamen demokratischen Aktionen führen.

Eine der Grundvoraussetzungen für gelebte Demokratie ist die Kommunikation der Akteure. Daher waren die Busreise sowie das Fest ein wertvoller und gelungener Anfang, um den sozialen Zusammenhalt und die regionale Identifikation aller Beteiligten zu fördern.

Das Projekt »Region in Aktion« wird bis Juni 2013 durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Programms Zusammenhalt durch Teilhabe gefördert. Die Amadeu Antonio Stiftung wird aber auch über diesen Zeitraum hinaus das bürgerschaftliche Engagement in Vorpommern mit Beratung und finanzieller Förderung unterstützen!

Von Swantje Tobiasen

Die wahren Verfassungsschützer

Insgesamt zehn sächsische Initiativen wurden am Abend des 9. Novembers mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie geehrt. Im festlichen Ambiente des Kurländer Palais in der Dresdener Altstadt wurde das mutige Engagement gewürdigt. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse sagte in seiner Laudatio: »Die Preisträger machen dem Preis alle Ehre! Und wenn ich Sie und Ihr Engagement sehe, bekomme ich wieder Hoffnung für die Sächsische Demokratie!«

Die beiden mit je 5000 Euro dotierten Hauptpreise gingen in diesem Jahr an den Initiativkreis »Menschen.Würdig«, der sich für die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen in Leipzig einsetzt und gegen den alltäglichen Rassismus kämpft, und an das Bündnis »Nazifrei! Dresden stellt sich quer«, das jedes Jahr im Februar gegen den Aufmarsch von Neonazis in Dresden vielfältige Gegenproteste organisiert. Acht weitere

Initiativen erhielten einen Anerkennungspreis, in Höhe von je 1.000 Euro. »Die haarsträubenden Vorgänge um den NSU zeigen, dass und warum der Verfassungsschutz gegenwärtig für alles andere als einen Förderpreis für Demokratie in Frage kommt. Umso wichtiger sind der Mut und das Engagement, mit dem sich so viele zivilgesellschaftliche Initiativen gegen den braunen Ungeist zur Wehr setzen, der auch und gerade von Sachsen aus versucht, die Demokratie und ihre Werte unsicher zu machen«, sagte Rupert von Plottnitz, ehemaliger Justizminister Hessens und heute Vorsitzender der Sebastian Cobler Stiftung, die gemeinsam mit der Freudenberg Stiftung und der Amadeu Antonio Stiftung den Sächsischen Demokratiepreis auslobt.

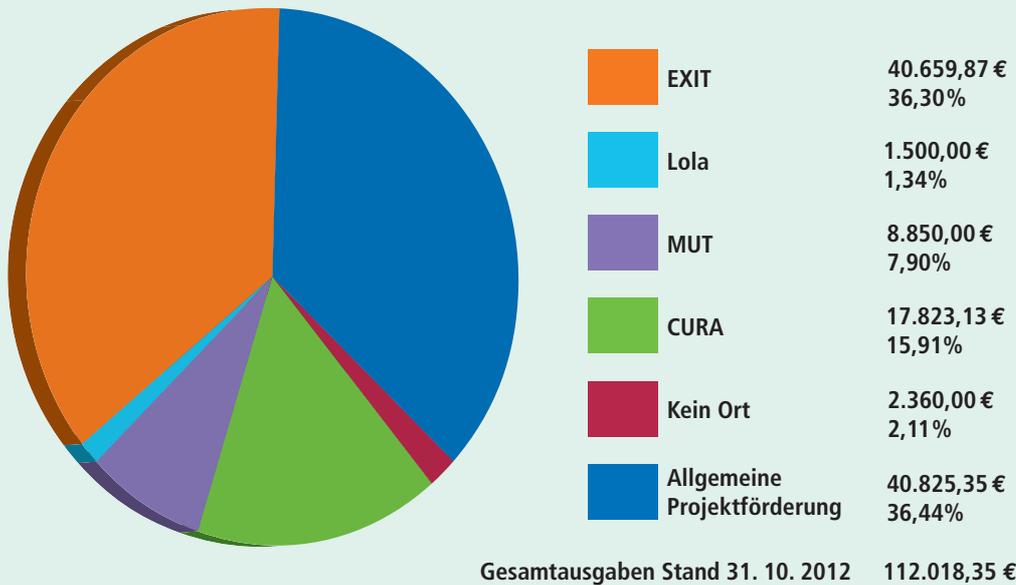
»Die Notwendigkeit und Bedeutung dieses Engagements kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es ist Zeichen und Symbol einer funktionierenden Zivilgesellschaft. Diese Initiativen zu unterstützen, ist Aufgabe der Gesellschaft als

Ganzes, nicht nur der von Amts wegen Zuständigen«, so Wolfgang Thierse in seiner Laudatio: »Auch und gerade die Politik kann und darf sich dieser Aufgabe nicht entziehen.« »Es freut uns außerordentlich, dass unsere oft nicht leichte Arbeit auch überregionale Anerkennung findet«, sagt Detlef Holz, Sprecher des Initiativkreis »Menschen.Würdig«. Mit dem Preisgeld planen die Engagierten in den Unterkünften der Asylsuchenden offene Treffs anzubieten, um dort rechtliche Beratung, vor allem aber auch Empowerment für die Durchsetzung eigener Interessen anzubieten. Auch das Bündnis »Nazifrei!« ist glücklich über die Würdigung ihrer Arbeit: »Die Debatte um die Notwendigkeit antifaschistischen Widerstands ist offensichtlich schon viel weiter, als es die sächsischen Offiziellen es wahrhaben wollen«, erklärte das Bündnis nach der Preisverleihung.

Von Ulla Scharfenberg
Fotos © Robert Damrau



GEFÖRDERTE PROJEKTE 2012 – VIELEN DANK FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG!



Im Jahr 2012 konnte die Amadeu Antonio Stiftung bisher 81 Initiativen und Personen finanziell unterstützen – deutlich über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Dass der Bedarf an einer nachhaltigen Finanzierung gegen Rechtsextremismus nach wie vor wächst, zeigt der hohe Anteil der Projektförderungen. So wurden 42 verschiedene Projekte für eine demokratische Kultur und gegen Neonazismus mit insgesamt 40.825,35 € gefördert. Die stern-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« förderte, vor allem im Bereich der selbstorganisierten Jugendprojekte, 11 mutige Initiativen mit insgesamt 8.850,00 €. Im Rahmen der Kampagne »Kein Ort für Neonazis« wurden mit dem Schwerpunkt Mecklenburg-Vorpommern Projekte mit 2.360,00 € unterstützt. Der Opferfonds CURA unterstützte die Betroffenen rassistischer Gewalt in 23 Fällen und stellte dabei 17.823,13 € zur Verfügung. Auch EXIT wurde in diesem Jahr mit 40.659,87 € unterstützt, um Neonazis weiterhin eine Perspektive beim Ausstieg aus der Szene zu bieten. An dieser Stelle gilt Ihnen, liebe Spenderinnen und Spender, unser herzlicher Dank. Denn ohne Sie wären diese Erfolgsgeschichten nicht möglich! Vielleicht haben Sie besonderes Interesse an einzelnen Projekten? Melden Sie sich gern bei uns – Nachfragen sind immer willkommen!

Vorpommern-Greifswald ist kein Ort für Neonazis

Das NPD-Organ »Deutsche Stimme« feierte im August in Viereck, einem kleinen Ort bei Pasewalk, sein jährliches Sommerfest. Im Widerstand zu dieser rechtsextremen Propaganda-Party, die rund 1.000 Neonazis anlockte, beteiligten sich über 2.000 Menschen an einer Demokratie-Meile. »Es ist wichtig diesen Schwung mitzunehmen und weiterzumachen!« betont Swantje Tobiasen, Projektleiterin von »Region in Aktion«, die sich an den Gegenaktionen beteiligte: »Diese tolle Aktion kann erst der Anfang gewesen sein! Wir müssen gemeinsam weitermachen und den Neonazis auch in Zukunft signalisieren, dass sie weder in Vorpommern-Greifswald, noch an einem anderen Ort willkommen sind!« Bereits im Vorfeld setzte der Landkreis Vorpommern-Greifswald zusammen mit der Amadeu Antonio Stiftung ein deutliches Zeichen: 250.000 Postkarten mit dem Aufdruck »Kein Ort für Neonazis« wurden an Haushalte im Landkreis verteilt. Mit den Karten können die Bürgerinnen und Bürger ihrem Protest gegen die Neonazis der Region Ausdruck zu verleihen.



Per la Vita – Für das Leben!

Esther Bejarano (Foto) überlebte das Zwangsarbeitslager Neuendorf, die Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück. Geholfen hat der heute 87-jährigen dabei auch immer die Musik. Als einzige Überlebende des Mädchenorchesters von Auschwitz tritt Esther Bejarano mit ihrer Band »Coincidences« dort auf, wo sich Menschen gegen Neonazis engagieren. Beispielsweise anlässlich der Proteste gegen den sogenannten »Trauermarsch« von Neonazis in Lübeck im März. Die Amadeu Antonio Stiftung fördert das Projekt PER LA VITA mit Esther Bejarano und ihrer Gruppe »Coincidences« sowie den Rappern von »Microphone Mafia«.

Foto © Philipp Reichert



Angsträume sichtbar machen

Ezra, die mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Thüringen, ist ständig im Austausch mit den Betroffenen rassistisch motivierter Übergriffe. Das Beratungsteam stellt dabei immer wieder fest, dass die von Neonazis ausgehende Gefahr in der Öffentlichkeit häufig unterschätzt wird. Um diese für alle sichtbar zu machen, konzipierte Ezra, mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung, die Ausstellung »Angsträume – Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen«. Ziel ist es, für die erschreckende Alltäglichkeit rechter Gewalt zu sensibilisieren.

Ausstellungseröffnung in Erfurt
Foto © ezra



Mutmacher in Troisdorf

Wer immer noch glaubt, Rechtsextremismus sei ein rein »ostdeutsches« Problem, irrt. Im Westen Deutschlands hat sich eine gutorganisierte, stabile rechtsextreme Szene etabliert. Im Rhein-Sieg-Kreis beispielsweise sind die Neonazis sowohl auf Parteiebene als auch in »Freien Kameradschaften« gut vernetzt. Mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung und dem Projekt »Mut gegen rechte Gewalt« veranstaltete das lokale Bündnis »Troisdorf gegen Rechts« am 1. Dezember einen Aktionstag, der mit Workshops, einer Podiumsdiskussion und Konzerten am Abend über die Gefahren von Rassismus und Rechtsextremismus informierte und ein klares Zeichen gegen Neonazis setzte.

Foto © Grüne Jugend Troisdorf



»Bei uns ist so was nicht passiert...!?!«

Nicht nur in Rostock, Hoyerswerda, Solingen oder Mölln kam es Anfang der 1990er Jahre zu rassistischen Pogromen. Auch in Brandenburg gehören rechtsextreme Ausschreitungen zu Vergangenheit und Gegenwart. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützte das Demokratische JugendFORUM Brandenburg bei einem mehrtägigen Workshop zu diesem Themenfeld. »Wenn wir die Gegenwart und die in unserer Gesellschaft heute innewohnenden antidemokratischen und faschistischen Potentiale begreifen wollen, dann müssen wir uns auch mit unserer jüngsten Vergangenheit auseinandersetzen«, beschreibt Knut-Sören Steinkopf vom JugendFORUM die Motivation für das Projekt, bei dem Zeitzeugen von rassistischer Übergriffen und Pogromen der 1990er Jahre interviewt werden.

Foto © Michael Sonnabend



Virtueller Vortrag von no-nazi.net

»Workshops in Schulen gehören bei no-nazi.net zum Programm – aber mit einem Headset vor dem Computer zu sitzen und zu rund 100 Schülern zu sprechen, die man nicht sieht oder hört, ist schon etwas Besonderes«, sagt Simone Rafael, die zusammen mit Anna Groß vom Projekt der Amadeu Antonio Stiftung »no-nazi.net« einen Schulworkshop unter dem Motto »Das Netz vor den Nazis retten!« veranstaltete. Anlässlich des »Safer Internet Day« war dieser Online-Workshop eine Premiere für no-nazi.net. Im »virtuellen Klassenzimmer« hörten und sahen Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Klassen in vier Schulen in Schleswig-Holstein einen Vortrag über Neonazi-Strategien in Sozialen Netzwerken. Per Chat konnten sich die Jugendlichen durch Fragen auch interaktiv beteiligen.

Politischen Forderungen ein Gewicht verleihen

Seit Monaten tobt in Leipzig und anderswo eine emotional aufgeladene Debatte um die geeignete Unterbringung von Flüchtlingen, bei der sich immer wieder rassistische Vorurteile offenbaren. Doch zahlreiche Initiativen und Einzelpersonen wenden sich gegen die rassistische Behandlung von Flüchtlingen und streiten für bessere Lebensbedingungen und eine aktive gesellschaftliche Teilhabe der Asylsuchenden. Nicht nur in Leipzig, sondern in ganz Sachsen gibt es Vereine und Kampagnen, welche sich mit dem weitläufigen Themenfeld Asyl beschäftigen. Das Kulturbüro Sachsen veranstaltete im September 2012 in Kooperation mit dem Sächsischen Flüchtlingsrat und mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung einen Praxistag für Flüchtlingsinitiativen. Ziel war es, eine bessere Vernetzung herzustellen. Gerade im Bereich der Beratung sind die Vereine immer wieder mit der Lebenswirklichkeit von Asylsuchenden konfrontiert. Daher ist es hilfreich, wenn ein Erfahrungs- und Wissensaustausch unter den zuständigen Mitarbeitern stattfindet. Darüber hinaus bot der Tag auch die Möglichkeit, die Lobbyarbeit der Initiativen zu festigen und damit »den Forderungen gegenüber der Staatsregierung und den Landkreisen eine stärkere Stimme zu verleihen«, so Grit Hanneforth vom Kulturbüro über das Projekt.

Foto © Limbic

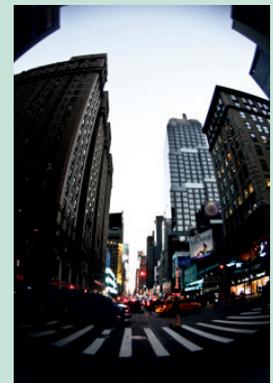


Internationale Wanderausstellung

Ende August eröffnet die Amadeu Antonio Stiftung in Berlin die englischsprachige Ausstellung »Germany after 1945: A society confronts antisemitism, racism and neo-nazism«, die den Fokus auf Geschichte und Gegenwart richtet. Sie zeigt, welche Rolle Nazi-Gruppierungen, Antisemitismus und Rassismus in beiden deutschen Staaten nach dem 2. Weltkrieg spielten. Sie geht den Fragen nach, wie sich Deutsche in Ost und West der Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus stellten, wie Staat und Zivilgesellschaft in der Gegenwart auf rechte Gewalt reagieren und wie der Alltag derjenigen Menschen aussieht, die von Neonazis bedroht werden. Die Ausstellung stellt zudem Projekte und Initiativen vor, die sich für den Schutz von Minderheiten und ein Mehr an Demokratie im Alltag einsetzen. Die Ausstellung ist als internationale Wanderausstellung konzipiert und wird im Frühjahr 2013 in New York gezeigt.

Amadeu Antonio Stiftung goes New York City

Foto © Rhys Asplundh



Punk und Poesie in Eberswalde

»Wir präsentieren keine Türken in der ostdeutschen Pampa. Wir wollen Perspektiven ändern und Geschichten jenseits des vermeintlichen Mainstreams erzählen« sagt Kai Jahns, der sich u.a. beim Verein EXIL im brandenburgischen Eberswalde engagiert. Der Jugend- und Kulturverein schafft nichtrechte Angebote in Eberswalde mit Konzerten von Punkrock bis Reggae und zeigt u.a. regelmäßig Ausstellungen in dem ehemaligen Außenlager vom KZ Ravensbrück. Die Amadeu Antonio Stiftung förderte die Aufführung des Theaterstücks »TAG FÜR TAG – YALANCI DÜNYA« von Ayhan Sönmez und den Verein EXIL e.V., um dauerhaft eine demokratische Kultur gegen Rechtsextremismus zu etablieren.

EXIL Eberswalde

Foto © Iron Man Records

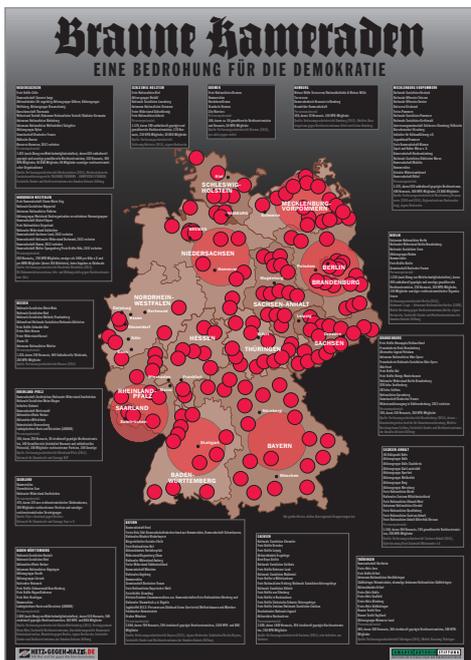


Harmloser Slang oder Beleidigung?

Praktikerinnen und Praktiker aus Schule, Jugendarbeit oder auch Sportvereinen werden immer wieder mit abfälligen Äußerungen über Gruppen wie Muslime, Schwule oder Juden konfrontiert. Sind Beschimpfungen eine harmlose Kommunikation unter Jugendlichen, oder sind sie Ausdruck von Rassismus, Homophobie und Antisemitismus? »Diese Fragen bewegen nicht nur unser Team, sondern sicherlich auch viele andere, die mit Jugendlichen arbeiten«, sagt Nils Volkmer, Mitarbeiter des Hannoveraner Jugendzentrums Sahlkamp, in das die Amadeu Antonio Stiftung Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu einem Erfahrungsaustausch einlud. Der Workshop war außerdem die Auftaktveranstaltung für das neue Projekt der Stiftung »ju:an« – Jugendarbeit gegen Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien.



Der »NSU« war kein Einzelfall



tet wurden, schaffen es kaum mehr in die Hauptnachrichten. Wir haben uns mittlerweile daran gewöhnt, die Versäumnisse des Verfassungsschutzes schockieren uns längst nicht mehr, sie ringen uns höchstens noch ein müdes Schulterzucken ab. Die Gleichgültigkeit gegenüber der skandalösen Arbeitsweise von Sicherheits- und Ermittlungsbehörden oder die Übersättigung hinsichtlich »neuer« NSU-Schlagzeilen darf jedoch nicht den Blick auf das eigentliche Problem verstellen. Die Neonazis sind aktiv wie eh und je. In Deutschland sind sie mal mehr, mal weniger sichtbar in Kameradschaften, losen Zusammenschlüssen, in der NPD oder anderen rechtsextremen Parteien organisiert. Von den zahlreichen unorganisierten Neonazis sowie von rechtsextremen Einstellungen in den Köpfen der Menschen ganz zu schweigen.

Übersichtskarte rechtsextremer Kameradschaften in Deutschland

Mit der Deutschlandkarte, die dieser ERMUTIGEN beiliegt, möchten wir auf die Gefahr von Rechts aufmerksam machen, die von einer flächendeckenden Neonaziszene ausgeht. Lokale Kameradschaften oder Zusammenschlüsse »Autonomer Nationalisten« gibt es bundesweit. Die Übergänge zu regionalen NPD-Gruppen sind dabei meist fließend, auch mit den Ortsverbänden der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) gibt es enge Verflechtungen, häufig ist das »Personal« sogar identisch. Die Recherche für eine umfassende Übersicht der deutschen Nazi-Kameradschaften gestaltete sich recht schwierig. In erster Linie sind es die Landesämter des Verfassungsschutzes, die darüber Auskunft geben. Es haben jedoch auch viele lokale Initiativen aus dem Bundesgebiet auf unsere Anfragen geantwortet. Aus den gesammelten Informationen ist die Karte entstanden. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich rechtsextreme Kameradschaften häufig umbenennen, selbst auflösen oder neugründen. Auch Verbote sorgen nicht für ein Verschwinden der Gruppen, sondern bewirken Umstrukturierungen der lokalen Sze-

ne. Die auf der Karte gelisteten Gruppen können daher nur als »Momentaufnahme« gewertet werden. Besonders hinsichtlich des rechtsextremen Personenpotentials ist die Quellenlage äußerst unspezifisch – die Zahlen basieren ausschließlich auf den Angaben in den Verfassungsschutzberichten für das Jahr 2011. Deshalb sind auch DVU-Mitglieder erfasst. Die rechtsextreme Partei löste sich jedoch im Mai 2012 selbst auf.

Braune Kameradinnen

Spätestens seit Beate Zschäpe werden auch Frauen als Akteurinnen in der extremen Rechten wahrgenommen. Sie sind schon lang aktiv, als Mitglieder in gemischtgeschlechtlichen Kameradschaften oder aber in Frauengruppen. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden fast 40 rechtsextreme Frauengruppen/-kameradschaften gegründet, mit unterschiedlicher Größe, regionaler Ausdehnung, Relevanz und Lebensdauer (Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus, Stand: Januar 2009). Die sichtbaren Aktivitäten von Frauengruppen und vor allem -kameradschaften sind in den letzten Jahren zurückgegangen, viele der Aktivistinnen sind jedoch weiterhin in gemischtgeschlechtlichen rechten Gruppen aktiv. Der Anteil von Frauen in Kameradschaften, Organisationen oder rechten Cliques bewegt sich, laut der Sozialwissenschaftlerin Renate Bitzan, je nach Region und Gruppe, zwischen 10 und 33%. Die vermeintlich harmlos-völkisch auftretende »Gemeinschaft Deutscher Frauen« wurde 2001 gegründet und ist über ihre Regionalgruppen deutschlandweit aktiv. Ihren Regionalgruppen gehören zwischen drei und zwanzig Personen an, die größte Gruppe ist wohl die in der Region Berlin-Brandenburg. Zu berücksichtigen sind auch neue Entwicklungen, wie sie deutlich werden in der überregionalen Initiative »free-gender«: diese ideologisch rechte Gruppe widmet sich vor allem den Themen Feminismus und Gender Mainstreaming als Feindbild.

Von Ulla Scharfenberg

Als sich die Neonazis vom selbsternannten Nationalsozialistischen Untergrund Ende 2011 enttarnen, reichten die Reaktionen der breiten Öffentlichkeit von Überraschung bis Fassungslosigkeit. Kaum jemand hätte geglaubt, dass es in Deutschland möglich ist, jahrelang unbehelligt durchs Land zu ziehen, dabei 14 Banken zu überfallen, zwei schwerwiegende Sprengstoffanschläge zu verüben und mindestens zehn Menschen zu töten. Der »NSU« belehrte uns eines Besseren. Der mediale Rummel um Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos war groß, es wurde über mögliche Unterstützer und Mitwisser spekuliert.

Heute, über ein Jahr nach dem Auffliegen der Zelle ist es bedeutend ruhiger geworden. Die Anklage gegen die angeblich einzige Überlebende des angeblichen »Trios« wurde erhoben, verschiedene Untersuchungsausschüsse in Thüringen, Bayern, Sachsen sowie auf Bundesebene bemühen sich bisher vergeblich um Aufklärung. Meldungen über »Pannen« bei den Sicherheitsbehörden, darüber dass wichtige Daten gelöscht, brisante Akten vernich-

ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN!

Während nach der Selbstenttarnung des NSU vor allem über einen neuerlichen Versuch eines NPD-Verbots diskutiert wird, ist die Finanzierung von Initiativen für Demokratieförderung und gegen Rechtsextremismus nicht gesichert. 2014 könnten zahlreiche Projekte vor dem Aus stehen. Helfen Sie mit, die wichtige Arbeit vor Ort aufrechtzuerhalten und unterstützen Sie uns mit einer Spende. Mit Ihrer Unterstützung fördern wir nachhaltig eine Demokratische Zivilgesellschaft und kreative Projekte vor Ort.

Spendenkonto der Amadeu Antonio Stiftung
Deutsche Bank Bensheim BLZ 50970004 Konto 030331300

I M P R E S S U M

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139, 10115 Berlin
Redaktion: Diana Buhe, Ulla Scharfenberg
Mitarbeit: André Anchuelo, Anna Brausam, Anna Groß, Karin Heisecke, Theresa Heller, Anetta Kahane (ViSdP), Alice Lanzke, Robert Lüdecke, Bieke Melcher, Heike Radvan, Timo Reinfrank, Jan Riebe, Alina Valjent.
Gestaltung: Design, Berlin
Druck: BildrDruck GmbH, Berlin

Sofern nicht anders angegeben liegen die Bildrechte bei der Amadeu Antonio Stiftung.
© Amadeu Antonio Stiftung, Dezember 2012